

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 91520-12

Inhalt

Dr. Henning Voscherau
zur Notwendigkeit einer
geänderten Drogenpoli-
tik: Den Kampf mit an-
deren Mitteln führen.

Seite 1

Florian Gerster MdB zur
Notwendigkeit einer
umfassenden UNO-
Reform: Die EG in den
Sicherheitsrat.

Seite 2

Roß Schwantz MdB zur
Aufarbeitung der DDR-
Geschichte: Neues
Maß an überparteilichem
Verantwortungs-
bewußtsein erforder-
lich.

Seite 3

Siegrun Klammer MdB
zu Eindrücken von ei-
ner Bulgarien-Reise
des Bundestags-Umweltausschusses: Auf
Alternativen zur Kern-
energie in Osteuropa
drängen.

Seite 4

Dokumentation
Der "Frankfurter Kreis"
der SPD-Linken hat
einen Beschluß zum
Thema "Soziale Demo-
kratie und ökologischer
Umbau" verabschiedet.
Der Beschluß im Wort-
laut (Teil II und Schluß)

Seite 5

47. Jahrgang / 25

5. Februar 1992

Den Kampf mit anderen Mitteln führen Zur Notwendigkeit einer geänderten Drogenpolitik

Von Dr. Henning Voscherau
Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Über 2.000 Drogentote im vergangenen Jahr. Kein Zweifel: Die ausschließlich repressive Drogenpolitik der Vergangenheit hat zu mehr Abhängigen, mehr Beschaffungskriminalität, mehr organisiertem Verbrechen und mehr Toten geführt. Trotzdem setzen fast alle Verantwortlichen - auch in der SPD - immer noch auf Strafverfolgung als Hauptinstrument des Kampfes gegen Drogen, obwohl in der Wirklichkeit erwiesen ist, daß dieser Weg des "Drug war" - bei allen Erfolgen von Polizei und Zoll im Einzelfall - sein Ziel nicht erreicht. Im Gegenteil. Die Gesetzeslage begründet erst Markt und Macht der Drogenkartelle. Nur wenn wir das Tabu effizienter Substitution oder - wo in der einzelnen Drogenkarriere unvermeidlich - kontrollierter Drogenabgabe an Süchtige unter medizinischer Kontrolle überwinden, gibt es eine Chance, der weltweiten Drogenmafia endlich den Schwarzmarkt auszutrocknen.

Gerade konservative Verfechter rein marktwirtschaftlichen Denkens weigern sich, die zur Zeit bestehenden tödlichen Mechanismen des hochprofitablen Schwarzmarktmonopols zur Kenntnis zu nehmen. Einar täglich wachsenden Menge abhängiger Nachfrager steht ein kriminelles Monopol gegenüber, dessen Gewinn auf 150 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt wird. Verbrecherbanden, die allein aus diesem Grund, aus Profitsucht, nichts unversucht lassen, immer neue Kunden zu gewinnen. Die Drogenmafia hat dabei hochprofessionelle und äußerst erfolgreiche Strategien entwickelt, um die Zahl der Süchtigen stetig zu vergrößern. Diesen Abhängigen, darunter immer mehr Kinder und Jugendliche, läßt ihre Sucht keine Wahl: Sie müssen kaufen, um jeden Preis, auch wenn es ein Leben in Kriminalität oder Prostitution bedeutet - eine nichtelastische Nachfrage.

Die schonungslose Verfolgung und Bestrafung der Verbrecher, die zehntausende junger Leben auf dem Gewissen haben, ist notwendig und bedarf auch künftig harter, wahrscheinlich verschärfter staatlicher Mittel, insbesondere bei der Strafverfolgung und der Aufenthaltsbeen-

Achtung! Neue Tel.Nr.: 91520-0/Fax-Nr.: 91520-12

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltungsbüro
mit sozialer Kritik
Bewertungs-Papier



digung. Aber ein noch so großer Polizeilapparat mit noch so weitreichenden Kompetenzen muß scheitern, wenn "Markt"-Strukturen für so astronomische und sichere Gewinnspannen sorgen, wie es heute der Fall ist. Die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zielt darauf ab, diese Struktur eines illegalen, menschenverachtenden Schwarzmarkts zu brechen und seinen Opfern eine neue Perspektive zu geben.

Nur wenn es uns über eine staatlich und medizinisch streng überwachte Abgabe von Substituten oder im Extremfall auch harten Drogen an Süchtige - und selbstverständlich nur an Süchtige - gelingt, die Macht der Drogenkartelle zu brechen, können auch Prävention, Therapie und Strafverfolgung ihre Ziele erreichen. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, daß schon zwölfjährige Kinder von gewerbemäßigen Verbrechern in die Sucht gezogen werden. Und gerade deshalb dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, daß der Kampf mit den bisherigen Mitteln nicht zu gewinnen ist.

(-/5. Februar 1992/rs/ks)

Die EG in den Sicherheitsrat
Zur Notwendigkeit einer umfassenden UNO-Reform

Von Florian Gerster MdB
Rheinland-pfälzischer Minister für Bundesangelegenheiten und Europa
Mitglied der Nordatlantischen Versammlung

Die UNO und ihre Gremien sind renovierungsbedürftig. Angesichts der veränderten weltpolitischen Situation und des Einzugs Rußlands anstelle der Sowjetunion in den Weltsicherheitsrat muß vor allem über eine grundsätzliche Reform dieses Gremiums nachgedacht werden. Die bisherige Sitzverteilung ist noch von den Siegern des Zweiten Weltkriegs geprägt und nicht mehr zeitgemäß.

Statt Frankreich und Großbritannien sollte vielmehr die Europäische Gemeinschaft einen festen Sitz im Weltsicherheitsrat haben. Der zweite Sitz sollte durch Japan eingenommen werden, das bereit ist, sich seinen weltpolitischen Verpflichtungen im Pazifikraum zu stellen. Ein gemeinsamer Sitz der EG wäre eine logische Konsequenz aus der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Staaten der Gemeinschaft.

Für die Zukunft sollte an weitere Reformschritte der UNO gedacht werden. Das Vetorecht beispielsweise hat keinen Platz mehr in einem Sicherheitssystem, das von der Gleichberechtigung der Partner leben muß. Konsequenterweise müßte dann auch die gesamte Zusammensetzung des Weltsicherheitsrates neu diskutiert werden. Diese neue Struktur wäre Voraussetzung für die dringend notwendige Bildung eines integrierten Kommandos für UN-Truppen.

Alle diese Reformen dürfen nicht mehr länger aufgeschoben werden. Nur so kann nämlich die UNO die Aufgabe übernehmen, die dem Geist ihrer Gründung entspricht, ein allseits akzeptiertes globales Sicherheitssystem zu sein.

(-/5. Februar 1992/rs/ks)

Neues Maß an überparteilichem Verantwortungsbewußtsein erforderlich
Zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Von Rolf Schwanitz MdB
Sprecher der Arbeitsgruppe "40 Jahre SED-Herrschaft / Stasi-Akten" der SPD-
Bundestagsfraktion

Seit etwa einem Monat sind die Akten des Staatssicherheitsdienstes nun mehr offen. Es war ein langer und beschwerlicher Weg von der friedlichen Revolution der Besetzung von Stasi-Zentralen, dem Verschließen der Akten unter den Regierungen de Maiziere und Kohl bis zu dieser Offenheit. Viele Widerstände, sachlich begründete aber auch vorgeschobene Argumente waren zu berücksichtigen und auszuräumen. Ohne das intensive Werben bei den westdeutschen Bundestagsabgeordneten für die Sache wäre wohl alles so geblieben, wie es war, verschlossen. Die Sozialdemokraten haben maßgeblichen Anteil daran, daß nun der Zugang für jedermann nach Gesetz gesichert und durch den zügigen Aufbau der Gauck-Behörde hoffentlich auch für die zahllosen nicht-prominenten Opfer alsbald möglich wird.

Bereits jetzt erkennen wir Aufarbeitung ist keine bequeme Sache, sie ist mit Schmerz verbunden, birgt die Gefahr des Mißbrauchs und der Instrumentalisierung in sich und hat vor allem einen Nutzen, wenn sie uns nicht nur neue Erkenntnisse verschafft, sondern die Menschen auch zum kritischen Durchdenken unserer gemeinsamen Vergangenheit veranlaßt. Dabei tragen wir alle schwer am plakativen "Enthüllungstreiben" einschlägiger Zeitungen und Fernsehsendungen, bei dem Aufarbeitung zum Umsatzfaktor oder zum parteipolitischen Instrument verkommt. Sicher sind diese Auswüchse nicht nur ein Produkt erfolgsorientierter Medien- und Parteiunternehmen - wir sehen hier auch das Resultat davon, daß diese, so vehement eingeforderte Offenheit zwei Jahre lang gedeckelt worden ist.

Manfred Stolpe hat sich für den Anstoß der Diskussion entschlossen. Dies verdient Anerkennung sowie Respekt und steht gerade im krassen Gegensatz zum Verhalten all jener, welche tatsächlich in einem Mitarbeiterverhältnis zur Stasi standen, ihr Wissen bis zum letzten Augenblick verbergen und die Mitmenschen bitterlich enttäuschen. Aber auch wir haben dabei einiges zu lernen. Auch die hohe politische Funktion, in der Stolpe jetzt steht, ist dabei sekundär. Versechlichung entsteht nur durch Offenheit und Auseinandersetzung. Natürlich waren all jene, die sich mit der Stasi-Aufarbeitung bisher beschäftigt haben von Treffs in konspirativen Wohnungen überrascht - reagierten zunächst mit Unverständnis auf die Bemühungen der kirchlichen Neuner-Gruppe, die Stasi als "Infiltrationsmedium" gegenüber SED-Bonzen zu gebrauchen. Noch dazu, wenn Oppositionelle wie Bärbel Boley heute die Vermittlungen der Kirche verdammen.

Dennoch glaube ich: Einige laufen Gefahr, den Blick für die DDR-Realitäten zu verlieren! Die DDR war nicht ein Staat permanenten Zerfalls, bei dem Widerstandsgruppen dem SED-Apparat das Leben schwer machten und der Volksaufstand zeitlich berechenbar war. Das Bild der letzten Jahre erinnert uns vielmehr an eine pervertierten Unterdrückungsstaat, der seinem moralischen Aushängeschild längst untreu geworden war, wo vieles zur Fassade verkam, wobei die Gefährlichkeit der Unterdrückungsinstrumente für den einzelnen jedoch nicht verloren ging. Die Anzahl der wirklich fanatisierten Kommunisten war gering. Auch innerhalb der SED war Karrierismus das Hauptmotiv zum Eintritt und Aufstieg, ohne daß dadurch die Mitgliedschaft geläutert wäre. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung verblieb in ihrer Nische, enthielt sich befleckender politischer Bekenntnisse zum Staat ebenso, wie Aktionen des Widerstandes.

Die tatsächlich organisierte Opposition erfaßte nicht einmal ein hundertstel Prozent der Bevölkerung. In dieser Situation soll sich niemand hinstellen und Stolpe für das Bemühen um kleine Schritte kritisieren - und schon gar nicht aus der behüteten Isoliertheit der bundesdeutschen Demokratie heraus. Natürlich muß genau nachgesehen werden. Beispielsweise, ob die Gespräche den Umfang des kirchlichen Auftrages und der Interessen der Mitmenschen überschritten haben. Gerade die Ost-SPD hat mit Ibrahim Böhme bitteres Lehrgeld für inkonsequentes Offenlegen gezahlt. Mit gleicher Intensität sind jedoch Vorverurteilungen und unan-

gemessene Gleichsetzungen etwa mit dem IM-Cerni durch Herrn Schäuble zu verurteilen. Die Aufarbeitung erfordert ein neues Maß an überparteilichem Verantwortungsbewußtsein gerade von den Politikern.

Und noch eine Erkenntnis drängt sich auf. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist kein allein ostdeutsches Problem - Geschichte ist verzahnt und trotz Mauer und Stacheldraht nicht nur auf die ehemalige DDR bezogen. Ereignisse und Handlungen werden in einem neuen Kontext gesehen und bewertet werden müssen. Es jät uns Schauer über den Rücken, denken wir daran, daß im Westen anläßlich des NATO-Doppelbeschlusses die Friedensbewegung (auch mit sozialdemokratischer Unterstützung) aufmarschierte, während gleichzeitig der Warschauer Pakt bis Ende der 80er Jahre den atomaren Erstschiag in Westeuropa und einen Blitzkrieg bis nach Spanien probte. Aufarbeitung heißt Rückschau bei kritischem Durchdenken - die Sozialdemokraten sollten sich dies nicht von anderen aufzwingen lassen, sondern selbst damit beginnen.

(-/5. Februar 1992/rs/ks)

Auf Alternativen zur Kernenergie in Osteuropa drängen **Zu Eindrücken von einer Bulgarien-Reise des Bundestags-Umweltausschusses**

Von Siegrun Klemmer MdB

Während die deutschen Ausschußmitglieder zum Abschluß ihres Bulgarien-Aufenthaltes in Sofia noch mit dem bulgarischen Umweltminister über die Sicherheitsprobleme des Atomkraftwerks Kozloduj debattierten, wurde ein Brand in einem der Schaltzentralen gemeldet. Und einen Tag später bewirkte der Ausfall einer Pumpe in einem Reaktor einen 50prozentigen Leistungsabfall.

Dennoch steht zu befürchten, daß die bulgarische Atomlobby, unterstützt von der westeuropäischen Atomindustrie, alles daransetzen wird, um noch im Herbst die maroden - und viel zu spät abgeschalteten - Blöcke 1 und 2 wieder ans Netz gehen zu lassen.

Gerade hat der sowjetische Atomphysiker Tschernosenko als intimer Kenner in eindringlicher und überzeugender Weise die gefährlichen Sicherheitsrisiken von Atomkraftwerken deutlich gemacht, da werden, nicht zuletzt mit deutscher Unterstützung, mitten in Europa schon totgelaubte Zeitbomben nachgerüstet. Bulgarische Wissenschaftler außerhalb der Atomszene warnen vor der fünfzigmal größeren Wahrscheinlichkeit eines "größeren Unfalls" als bei leistungsgleichen Reaktoren in Westeuropa.

Der Wunsch der politisch Verantwortlichen, bei der Energieversorgung Bulgariens auf Atomkraft in Zukunft verzichten zu können, ist bei allen Gesprächen deutlich geworden. Doch die Antwort der EG auf die Bitte der bulgarischen Regierung um konventionelle Hilfe bei Abschaltung von Block 2 in Kozloduj "war gegen Null" (0-Ton bulgarischer Umweltminister).

Wenn man in Rechnung stellt,

- daß das Problem der Entsorgung durch das Auseinanderbrechen der Sowjetunion als bisherigem Abnehmer völlig ungelöst ist,
- daß, wie in allen ehemaligen Ostblockstaaten, auch in Bulgarien enorme Einsparpotentiale vorhanden sind,
- daß erst im Frühjahr 1992 die erste, allerdings nur kurzfristige Energiebilanz vorlegen wird,
- daß das Nachrüsten der technisch minderwertigen Reaktoren das arme Land, das mit einer Inflationsrate von 70 Prozent zu kämpfen hat, teuer zu stehen kommt,

muß auch der ökonomische Nutzen der atomaren Energieversorgung bezweifelt werden.

Andererseits leidet die Versorgung durch vorhandene eigene Wasserkraftwerke unter Wassermangel, durch eigene Kohle unter extrem niedrigem Heizwert. So steckt Bulgarien zu Beginn seines Demokratisierungsprozesses in einem Dilemma, aus dem es sich mit eigener Kraft nicht befreien kann.

Dringend nötig ist, wie von der SPD bereits mehrfach gefordert, ein sofortiger energiepolitischer westeuropäischer Hilfsplan für Ost-Europa. Die finanziellen Mittel, die von der Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden, dürfen nicht mehr in erster Linie dazu verwendet werden, ausmusterungswürdige Reaktoren aufzubereiten.

Für Bulgarien wäre Unterstützung beim Bau zum Beispiel von Gasturbinenkraftwerken, wie von einheimischen Fachleuten gefordert, die bessere Art energiepolitischer Hilfe.

Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, überall dort, wo sie mit eigenem finanziellem Beitrag dabei ist, auf energiepolitische Alternativen zur Kernenergie in Osteuropa zu drängen.

Notwendige Nachbemerkung: Da fügt es sich in die bedrohliche Reihe, daß gerade wieder im litauischen Atomkraftwerk Ignalina ein Leck am Notkühlsystem aufgetreten ist.

(-/5. Februar 1992/rs/ks)

Dokumentation

Neuer Aufbruch zu Reformen (Teil II und Schluß)

Auf seiner Jahrestagung am 1. Februarwochenende hat der "Frankfurter Kreis" der SPD-Linken einen Beschluß zum Thema "soziale Demokratie und ökologischer Umbau" verabschiedet. Das "Diskussionsangebot" im Wortlaut:

14. Überfällig ist eine politische Richtungsentscheidung für eine ökologische Wende in der Energie- und Verkehrspolitik. Sie verlangt die Vermeidung unnötiger Mobilität, die Verlagerung von Verkehrsaufkommen auf öffentliche Systeme eine sofortige ökologische Effizienzsteigerung des motorisierten Verkehrs zu Lasten von Beschleunigungswerten und Höchstgeschwindigkeit.

Die Wende in der Energiepolitik erfordert den Umbau der Energiewirtschaft in Richtung auf nachfrageorientierte Dienstleistungen und die Durchsetzung einer dezentralen Sonnenenergiewirtschaft. Dazu müssen preiswirksame und Sektor- und zielgruppenspezifische Instrumente zu einem Maßnahmenbündel integriert werden. Ein Gesamtkonzept erfordert die Beseitigung der heutigen ökonomischen und nichtökonomischen Hemmnisse für eine rationelle und solare Energiewirtschaft, die Einführung von "Least-Cost-Planung" in die Energieaufsicht und Tarifgestaltung, die Veränderung der Unternehmensziele der EVU und die Einführung einer allgemeinen Energieabgabe oder -steuer (außer Regenerative und Kraft-Wärme-Kopplung). Dazu werden fünf DM pro GJ Brennstoffe vorgeschlagen. Das geschätzte Aufkommen von rund 60 Milliarden DM soll zweckgebunden für Maßnahmen der rationalen Energieversorgung und für die Durchsetzung der Solarwirtschaft eingesetzt werden.

15. Der Frankfurter Kreis bekräftigt den Nürnberger Parteitagsbeschluß der SPD zum Ausstieg aus der Atomkraft. Er kritisiert, daß auch von Teilen der SPD dieser Beschluß relativiert wird. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist nicht nur aus Sicherheitsgründen, wegen der ungeklärten Entsorgung und zur Vermeidung eines militärischen Mißbrauchs notwendig, er ist auch die unverzichtbare Voraussetzung für eine Neuordnung der Energiewirtschaft auf dem Weg in eine solare Zukunft. Ohne den Ausstieg aus der Atomkraft kann es keinen energiepolitischen Konsens in der Bundesrepublik geben.

16. Individuell und allgemein sind die ökonomischen und sozialen und damit verbunden auch die ökologischen Risiken in einer Weise und in einem Ausmaß angewachsen, daß ihnen immer weniger durch normative Garantien für das Individuum begegnet werden kann. Justiz und Verwaltungshandeln verfügen nicht über jene Elastizität, Offenheit und Kompetenz, um den Schutz vor kollektiven Bedrohungen zu gewährleisten. Langfristig gesetzte Normen, politische Entscheidung und Konsensbildungen können weder der prozessualen Gefährdung von Sicherheit noch jener Ambivalenz gerecht werden, die entsteht, wenn durch die normative Minimierung andere Risiken zwangsläufig entstehen. Politik muß somit in einem fortwährenden Prozeß der Abwägung, des Ausgleichs und der Erneuerung offen auf das Entstehen neuer Risikosituationen mit einer ständigen Selbstüberprüfung reagieren. Diese Aufgabe muß sich orientieren an einem humanen Menschenbild, insbesondere nach Maßgabe des Grundrechtskatalogs.

Je mehr es gelingt, global eine dauerhafte Entwicklung bei voller Wahrung der Menschenrechte zu gewährleisten, umso geringer werden auch die militärischen Gefährdungspotentiale, umso geringer wird der militärische Gehalt an Sicherheit. Dies kann nur durch eine neue Weltordnung erreicht werden, in der die internationalen Beziehungen entmilitarisiert sind und es zu einem wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern kommt. Anzustreben ist auf globaler und regionaler Ebene ein System kollektiver Sicherheit, das auf einer sozialen, ökonomischen, ökologischen und freiheitlichen Sicherheitspartnerschaft beruht. Eine wichtige Forderung hierbei ist die Erweiterung der Mitbestimmung um eine Konsumentendemokratie im Sinne der Mitsprache bei der Entwicklung neuer Technologien und Produkte, so wie dies auch das Berliner Grundsatzprogramm der SPD als Element des Bürgerdialogs und der Zusammenführung der "alten" mit den "neuen" sozialen Bewegungen fordert. Weiterhin geht es um umfassende demokratische Entscheidungskompetenz für normative Regelungen durch supranationale Institutionen und die verfassungsrechtliche Verankerung des Naturschutzes im Sinne eines unmittelbar geltenden und für jeden Einzelfall wirksamen Rechts einschließlich der Möglichkeit einer Verbandsklage. Alle neuen Produktionstechniken und Produktmöglichkeiten dürfen nur verwirklicht werden, wenn für sie ein uneingeschränkter Versicherungsschutz garantiert werden kann. Bei Umweltrisiken muß die Beweislast für die Nichtverursachung von Schädigungen beim Produzenten liegen.

17. Wir Sozialdemokraten wissen, daß wir die Konkretisierung der Vision einer friedlichen "Einen-Welt" unseren Kindern und Kindeskindern schulden und, daß wir mit den schwierigen Verhaltensänderungen bei uns und um unser selbst willen anfangen müssen. Für diese Änderungen werben wir, um Bewußtsein zu schaffen, damit sie auch mehrheitsfähig werden. Dazu stellen wir uns einem offenen Dialog: Gerechtigkeit und Frieden für alle - ein realistischer Traum am Ende des 20. Jahrhunderts.

(-/5. Februar 1992/fr/rs)
